

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

5.7.1927 (No. 153)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Verleger:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. K. e. u. b.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabate, der als Kassenrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### \* Politik der Mitte

Die Bedeutung der Tagung des Reichsparteiausschusses der Zentrumsparlei ist darin zu erblicken, daß sich der Ausschuß einstimmig gegen jede Bindung nach rechts oder links und „für eine selbständige, nach allen Seiten unabhängige Politik im Dienst des Volksganzen“ ausgesprochen hat. Da Dr. Wirth an der Tagung teilnahm, ist es zu einer lebhaften Erörterung aller der Fragen gekommen, die durch die bekannte Aktion Wirths aufgeworfen worden waren. Nach den Berichten der Zentrumspresse zu urteilen, haben sich die Befürchtungen Dr. Wirths als gegenstandslos erwiesen. So schreibt zum Beispiel der „Badische Beobachter“ in seiner heutigen Nummer:

„Auffassungen, wie sie hier und da zutage getreten sind, als ob das Zentrum bereits in enge Bindungen gegenüber den deutschnationalen eingegangen sei, daß es sogar die Frage eines gemeinschaftlichen Zusammengehens bei den kommenden Wahlen erwäge, sind absolut falsch. Derartige Gedankenänge haben in den maßgebenden und führenden Kreisen des Zentrums niemals eine Rolle gespielt.“

Weiter führt dann der „Beobachter“ aus, die „Parole der Partei bei den kommenden Wahlen werde ganz einfach die sein, daß das Zentrum seinen ihm durch den Charakter als schöpferische Mitte vorgezeichneten Weg geht“. Auch in der Diskussion des Reichsparteiausschusses ist nochmals mit großer Entschiedenheit betont worden, daß „das Zentrum die jetzt regierende Koalition im Reich nicht gewollt habe, daß es durch das Versagen der Sozialdemokratie hineingezwungen worden sei, und daß die Koalition keine Bestimmungsgemeinschaft, sondern nur eine Arbeitsgemeinschaft“ darstelle.

Wer die Geschichte und Entwicklung der Zentrumsparlei kennt, wird über die Ergebnisse der Tagung nicht weiter erstaunt sein. Nach wie vor hält das Zentrum an seiner Grundeinstellung fest, und diese Grundeinstellung erfordert ganz von selbst eine Politik auf mittlerer Linie. Daraus folgert, daß mit einem dauernden Zusammengehen mit der Rechten kaum zu rechnen ist. An und für sich ist ja das Zentrum bereit, mit allen Parteien zu arbeiten. Am liebsten wäre ihm nach allen Rundgebungen der letzten Jahre die Errichtung der großen Koalition oder gar die Errichtung einer Koalition von Scheidemann bis Westarp. An diese letzte Möglichkeit ist nach Lage der Dinge nicht zu denken. Sie ist und bleibt ein traumhaft schöner Traum. Neben der großen Koalition gibt es noch eine andere Eventualität: Bindung von Fall zu Fall, einmal nach rechts, wenn es nicht anders geht, und einmal nach links, wenn die Verhältnisse es gebieten; immer aber mit der Tendenz einer Politik der Mitte und des Ausgleichs.

Bei allen diesen Entscheidungen wird der Volkswille, wie er sich durch das Ergebnis einer Wahl ausdrückt, ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Es versteht sich ganz von selbst, daß im Zeichen des Parlamentarismus eine sehr große Partei, die allein ein Drittel sämtlicher Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, auf eine Partei der Mitte, wie es das Zentrum ist, eine starke Anziehungskraft ausüben muß, weil eben die Tatsache, daß ein Drittel aller Wähler für ein und dieselbe Partei stimmen, den besten Fingerzeig für die Art des Volkswillens gibt. Andererseits muß eine derartig große Partei aber auch wissen, was sie will, und zu praktischer Mitarbeit bereit sein. Obwohl die Sozialdemokratie im Reichstag vom Jahre 1920 nach Vereinigung mit den Unabhängigen über 177 Abgeordnete, also über mehr als das Drittel aller Mandate verfügte, hat sie lange nicht die Rolle gespielt, die ihr eigentlich zugekommen wäre.

Zunächst aber wird natürlich das Ergebnis einer Wahl gerade für die Erwägungen einer Partei, wie der Zentrumsparlei, von außerordentlicher Bedeutung sein. Wenn den 131 sozialdemokratischen Abgeordneten des jetzigen Reichstags 111 deutschnationale Abgeordnete (mit Einschluß des Landtags) gegenüberstehen, dann ist die zahlenmäßige Differenz hier so gering, daß eine besondere Anziehungskraft durch die Macht der Zahl auf eine Partei der Mitte kaum ausgeübt werden kann. Die politische Lage ist es dann, welche die Entscheidung bringt.

Wie die Reichstagswahlen des nächsten Jahres ausfallen werden, weiß heute kein Mensch zu sagen. Gewisse Prophezeiungen können höchstens an Hand der Landtagswahlen der letzten Zeit ausgesprochen werden. Denn alle diese Landtagswahlen weisen eine ganz bestimmte, einheitliche Tendenz auf: Deutschnationale und deutschnationale erleiden erhebliche Einbußen an Stimmen, die Kommunisten verlieren manchmal bis über die Hälfte ihrer bisherigen Mandate, die Sozialdemokraten

können mit ansehnlichen Gewinnziffern aufwarten und die übrigen Parteien halten sich etwa auf der gleichen Höhe, wobei sich allerdings ein gewisser Zustrom zur Wirtschaftspartei bemerkbar macht. An diesem Zustrom sind aber auch die deutschnationalen Wähler sehr stark beteiligt. Das Zentrum wahrt allenthalben seinen Bestand.

Jedenfalls macht sich eine deutliche Verschiebung des ziffernmäßigen Kräfteverhältnisses zuungunsten der Rechtsparteien und der Kommunisten und zugunsten der Sozialdemokraten bemerkbar. Auch die vorgezogenen Wahlen in dem kleinen Ländchen Neckenburg-Strelitz bestätigen diesen Eindruck. Wahrscheinlich wird man nun auch dort zu einer Politik der Mitte, auf der Grundlage der großen Koalition übergehen. Da sich ein hart um seinen Aufstieg kämpfendes Volk, wie das deutsche, den Luxus schwerer und anhaltender innerpolitischer Kämpfe nicht leisten kann, wird für die Zukunft eine vernünftige Politik der Mitte auch für das Reich die beste Methode sein.

### Der Streit um Chorzow vor dem Haager Gerichtshof

Der internationale Gerichtshof in Haag wird sich in seiner in diesen Tagen beginnenden Sitzungsperiode aufs neue mit dem deutsch-polnischen Streit um das Städtchen Chorzow in Ost-Oberschlesien beschäftigen. Auf den Verlauf des Prozesses und das Urteil wird man gespannt sein dürfen. Denn die Entscheidung des Haager Gerichtshofes, der für seine Objektivität bekannt ist, wird weitreichende Bedeutung beanspruchen dürfen.

Schon am 25. Mai 1925 hatte der Gerichtshof die Angelegenheit behandelt und in seinem Urteil das Städtchen Chorzow als deutsches Privatigentum anerkannt und seine Beschlagnahme durch Polen für unzulässig erklärt. Die polnische Regierung hatte sich, wie erinnerlich, bei der Beschlagnahme des Werkes auf das polnische Annullierungs- und Liquidationsgesetz vom 15. Juni 1920 berufen. Nun war in Ost-Oberschlesien durch das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 das polnische Liquidationsrecht wesentlich eingeschränkt. Trotzdem hat der polnische Staat auch in Oberschlesien Annullierungen vorgenommen und damit gegen das Genfer Abkommen verstoßen. Zur Erledigung von Liquidationsstreitigkeiten war im Genfer Abkommen der Haager internationale Gerichtshof als Schiedsinstanz vorgesehen. Die Vorbesitzer des Werkes, die Oberschlesischen und Bayerischen Städtewerke machten dann auch von ihrem Recht Gebrauch und riefen das Haager Gericht an. Dieses hat am 25. Mai 1923 das schon erwähnte Urteil gesprochen, in welchem die Beschlagnahme durch Polen für unzulässig erklärt wurde. In den Urteilsgründen wurde gesagt, daß das polnische Annullierungs- und Liquidationsgesetz von 1920 mit den Liquidationsbestimmungen des Genfer Abkommens in Widerspruch stehe. Denn alle Maßnahmen, so wurde ausgeführt, die nicht durch einen Titel des allgemeinen Völkerrechts gedeckt seien, wären mit dem Liquidationsregime unvereinbar. Der Verfallener Vertrag bestätige aber grundsätzlich den Schutz vorher erworbenener Privatrechte, deren Verletzung nur da möglich sei, wo ausdrückliche Vorschriften das zuließen.

Der Spruch des Haager Schiedsgerichtes war glänzend begründet und unanfechtbar. Für Deutschland bildet das Urteil die unverrückbare Grundlage in allen weiteren Verhandlungen. Allerdings gibt das Urteil keine Exekutionmöglichkeit, wohl aber enthält es einen starken moralischen Zwang. Diesen Zwang wollte aber die polnische Regierung nicht anerkennen. Sie entzog sich lange Zeit der Ausführung des Urteils und mußte von der Reichsregierung am 2. Oktober 1926 an ihre Verpflichtung zur Rückgabe der Werke gemacht werden. Auf das klare Verlangen Deutschlands antwortete die polnische Regierung am 18. Oktober d. J. mit einer Note, in der sie zwar ihre Bereitwilligkeit, Verhandlungen über diesen Gegenstand zu führen, zum Ausdruck brachte, gleichzeitig jedoch als ihre Auffassung kundgab, daß sie eine Pflicht für Polen, die Chorzower Werke zurückzugeben und die früheren Eigentümer zu entschädigen, weder aus dem Genfer Abkommen noch aus dem Schiedspruch des Haager Tribunals anerkenne. Sie bedauerte gleichzeitig, daß Deutschland sich dem Angebot neuer Verhandlungen entziehe. Die polnische Behauptung mußte als unrichtig zurückgewiesen werden. Denn die deutsche Regierung hat niemals Verhandlungen über die Rückgabe der Werke abgelehnt, sie hat aber auch niemals einen Zweifel daran gelassen, daß das Haager Urteil unverrückbar für Deutschland sei und daß es sich in etwaigen Verhandlungen nur um die Modalitäten der Rückgabe der Werke und der Entschädigung der früheren Besitzer handeln könne. Da Polen seine Weigerung auch weiterhin aufrechterhalten hat, so blieb nichts anderes übrig als die Herbeiführung eines neuen Spruchs des Haager Gerichtshofes, der die praktischen Folgerungen aus dem Urteil vom 25. Mai 1923 zieht und Polen zu deren Erfüllung anhält. Der Haager Gerichtshof hat nunmehr zum zweiten Male das Wort.

Reichstagswahl Ende dieser Woche? Im Reichstag hofft man mit dem vorliegenden Beratungstext bis Ende dieser Woche fertig zu werden und dann in die Ferien gehen zu können.

Die Besichtigung der Ostunterstände. General von Bawels wird mit einem französischen und belgischen Militärattaché besichtigen die Ostunterstände besichtigen. Die Presse soll an der Besichtigung nicht teilnehmen.

### Beamtentum und Presse vor dem Kriege und heute

Von Dr. Klaus Buchmann, Berlin II.

Allerdings ist es mit derartigen Pressestellen allein noch nicht getan. Ebenso wichtig und unerlässlich ist, daß sowohl die Behörden und ihre Pressereferenten, als auch die anderen Beamten, die in ihrem Wirkungsbereich mit der Presse in Berührung kommen, sich auf den Verkehr mit ihr verständnisvoll einstellen. In dieser Hinsicht ist ja auch schon vieles besser geworden, doch zeigt die Mehrzahl unserer Behörden und Beamten bis heute noch eine starke Zurückhaltung, ja ein gewisses Mißtrauen gegenüber der Presse. Aber es wäre falsch, darin ein Ubelwollen zu erblicken. Denn ebenso wie der Journalist das Redaktionsgeheimnis auch von der Behörde respektiert sehen will, sind dem Beamten wegen der ihm obliegenden Pflicht zur Amtsverschwiegenheit gewisse Schranken gezogen. Dazu ist es für jemanden, der in einer Redaktion nie gearbeitet hat, nicht leicht, sich das Maß an zeitungstechnischer und journalistischer Fachkunde anzueignen, dessen man für den Verkehr mit der Zeitung bedarf. Und noch eines kommt in Betracht: Seit der Schaffung des Volksstaates hat eine Kritik an der Beamtenenschaft eingesetzt, wie man sie früher nicht kannte. Da diese zumeist den Weg über die Presse geht, rief sie in den Reihen der Beamten vielfach eine Verstimmung hervor, die dem amtlichen und sonstigen Verkehr der Beamten mit der Zeitung nicht förderlich ist. Speziell die Postbeamten aber sollen, wie Präsident D. Grosse in seinem Jochen im Verlag Gustav Fischer, Jena, erschienenen, tiefgründigen und aufschlußreichen Büchlein „Der Beamte und die Zeitung“ schreibt, gegenüber der Zeitung auch deshalb vielfach verstimmt sein, weil die Ausgaben des Postzeitungsdienstes in den Einnahmen keine Deckung mehr finden.

Da Herr Grosse selbst ein hoher Beamter ist, meines Wissens Präsident der Oberpostdirektion Erfurt, der zudem als vormaliger Pressereferent beim Reichspostministerium in Pressedingen sich vorzüglich auskennt, verdienen die trefflichen Worte und Ratschläge, die er zur Herbeiführung eines immer besseren Sichverstehens und Hand-in-Hand-Arbeitens im Schlußkapitel seiner Schrift an die Beamten sowohl wie an die Presse richtet, weitgehende Beachtung. Es heißt da u. a.: Dem Beamten der Vorkriegszeit war eine gewisse Gemeinlichkeit im Sprechen und in der Haltung eigen, die eher zu abnahme, je höher er auf der Leiter der Bürokratie stieg. Im neuen Deutschland will man die Bäume nicht mehr sehen, die früher so mancher Beamte vom Rechnungsrat aufwärts, um sich her zu errichten pflegte. Von ihren Pflichttreue und Vaterlandsliebe haben die Beamten schon alsbald nach der Staatsumwälzung wieder unter den schwierigsten Verhältnissen, wo sehr vieles andere zu wanken begann, glänzende Beweise erbracht. In der Öffentlichkeit ist das freilich seitdem nicht immer so gewürdigt worden, wie es am Platze gewesen wäre, wenn man sich mit den Beamten aus anderem Anlaß kritisch beschäftigte. Dies haben sie mit Recht schmerzlich empfinden müssen. Andererseits ist im neuen Deutschland auch die Erkenntnis von der Stellung des Zeitungsmannes trotz des Einflusses, den die Presse wie in anderen parlamentarisch regierten Staaten inzwischen auch bei uns erlangt hat, noch nicht soweit vorgeritten, daß es überflüssig erschiene, darauf hinzuweisen, welchen Respekt man — von der kleinen Gruppe der Sensationsblätter allerdings abgesehen — dem Verufe des Journalisten schuldet. Die moderne Zeitung ist, wie der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, sehr richtig betont hat, zu einer „wirtschaftlichen und geistigen Potenz“ geworden. Es sind nicht nur die Intellektuellen, sowie die politischen einheimischen Kreise der verschiedensten Parteirichtungen, sondern auch die Politiker des Auslandes, die die Artikel angesehener deutscher Journalisten sorgfältig verfolgen und ihnen damit eine Beachtung widmen, wie sie sonst nur bemerkenswerten Reden von Ministern zuteil wird. In dieser Hinsicht besteht daher auch bei uns zwischen einem solchen Redaktionsstuhl und einem Ministerstempel kaum ein Unterschied.

Jedenfalls sind die Zeiten vorbei, wo die Behörden die Presse ignorieren zu dürfen glaubten, wenn sie Kritik übte. Gerade deshalb aber tut ihnen die Zusammenarbeit mit der Presse mehr als je not, denn diese wird sie je länger, je besser die Mittel und Wege er-



Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Rechtspflegeausschuss hat beschlossen, ein Gesuch der Gemeinde Rainwangen um Berücksichtigung ihrer Belange bei der Vereinigung der abgeordneten Gemarung Malachhof...

Zur Beratung stand sodann ein Antrag der Bürgerlichen Vereinigung auf Aufhebung der Verordnung, wonach der Verfassungstag (11. August) in Baden als gebotener Feiertag gilt.

Ein Zentrumsredner erklärte, daß die Feier des Verfassungstages wohl angebracht sei. Gegen eine Verlegung auf einen Sonntag sei nichts einzuwenden.

Neue Eingänge

Der Badische Gastwirteverband bittet in einer Eingabe um Ermäßigung der Gebäudesteuer für das badische Gastgewerbe.

Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang Juli 1927

St. L.-A. Die Bitterung war im abgelaufenen Monat Juni, obwohl noch vorherrschend kühl und feucht, für die meisten Kulturpflanzen nicht ungünstig.

Für die Weinberge wäre beständiges, warmes Wetter sehr zu wünschen, da die Nebenblüte noch nicht ganz vorüber ist.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages und Reichswirtschaftsrat...

Die Vorlage der Reichsregierung hinsichtlich der Zusammenfassung des endgültigen Reichswirtschaftsrates bedeutet eine ungewöhnliche Zurücksetzung der städtischen Belange.

Die im Deutschen Städtetag vereinigten Städte, in denen Industrie, Handel und Gewerbe in der großen Mehrzahl ihrer Unternehmungen ansehnlich und in denen nahezu neun Zehntel der bedeutendsten kommunalwirtschaftlichen Unternehmungen vereinigt sind...

Opfer der Hitze in Chicago. In den letzten drei Tagen sind hier 80 Personen infolge der großen Hitze gestorben.

Baukosten und Eisenbahntarif

Von der Reichsbahndirektion Karlsruhe wird uns geschrieben:

In einem unter dieser Überschrift in mehreren Tageszeitungen erschienenen Artikel wird behauptet, die Erschwerisse des Baugewerbes durch die hohen Kohlenpreise...

Sowohl der Gattung, als auch der Menge nach, sind die wichtigsten Baustoffe nicht in die Klasse C und D, sondern in die Klasse E aufgenommen.

Die Verteuerung der Baustoffe ist neben der Erhöhung der Löhne vor allem durch die hohen Baukosten verursacht.

Table with 3 columns: Es kosteten je 1000 kg, 1913, Mai 1927. Rows include Bausteine, Bauholz, Dachziegel, Gips, Kalk, Zement.

Baustoffbedarf und durchschnittlicher Baustoffaufwand für ein Miethaus mit 8 Bierzimmerwohnungen:

Table with 5 columns: Menge, kg, 1913, Mai 1927, mehr. Rows include Bausteine, Bauholz, Dachziegel, Gips, Kalk, Zement.

Gesamtdurchschnitt des Mehraufwandes für Baustoffe 1927: 70,2 v. H.

Fracht und deren Anteil an obigem Baustoffaufwand bei einer Beförderungslänge von 50 Kilometer.

Table with 6 columns: 1913, Anteil, 1927, Anteil, 1927, Anteil. Rows include Bausteine, Bauholz, Dachziegel, Gips, Kalk, Zement.

Gesamtdurchschnitt des absoluten Mehraufwandes für Fracht 1927: 26,1 v. H.

Die Darstellungen zeigen:

- 1. daß der Aufwand für Baustoffe für ein Miethaus mit 8 Bierzimmerwohnungen, im Jahre 1927 bei gleichen Baustoffmengen im Durchschnitt um 70,2 v. H. größer war als im Jahre 1913.

Lagung der Förster und Forstsekretäre

Am Sonntag hatten sich in Bönndorf aus dem ganzen badischen Lande die im Verein Badischer Förster und Forstsekretäre zusammengeschlossenen Forstbeamten zu ihrer diesjährigen Lagung eingefunden.

Das gerichtliche Nachspiel zum Abmarsch der Stahlhelmleute nach Berlin

DJ. Mannheim, 2. Juli. Am Tage der Abfahrt der Mannheimer Stahlhelmleute nach Berlin am 6. Mai veranstalteten die hiesigen Kommunisten bekanntlich eine Gegen demonstration, die in Ansprachen am Bahnhofplatz gipfelte.

Lagung des Badischen Bauernvereins

DJ. Bruchsal, 4. Juli. Am Sonntag waren in der reich beflaggten Stadt amhernd 900 Vertreter des 90 000 Mitglieder zählenden Badischen Bauernvereins aus allen Teilen des Landes zur diesjährigen Lagung herbeigeeilt.

Am Nachmittag wurde dann in gleicher Saale die öffentliche Mitgliederversammlung des Badischen Bauernvereins abgehalten.

Staatspräsident Dr. Trunk bezeichnete es als Pflicht jeder Regierung, mit allen Schichten und Ständen zusammenzukommen, um ihre Wünsche und Beschwerden zu hören.

Nach weiteren Begrüßungsansprachen wurde in die Tagesordnung eingetreten. Generaldirektor Dr. Kengenheister erstattete den Bericht über die gesamte badischen Bauernvereinsorganisation im Jahre 1926.

Es folgten zwei Referate, und zwar sprach Landesgerichtsrat Hüger, Heidelberg, über bäuerliche Rechtspflege...

Zum Schluß wurden einmütig eine Reihe von Entschliessungen angenommen. Die Aufmerksamkeit der Regierungen und Parlamente wird auf die sich neuerdings anbahnende Entwicklung in der Landwirtschaft gelenkt.

Die wirtschaftliche Not im Brückenkopfsgebiet. In der letzter Bürgerausschussesitzung machte Bürgermeister Dr. Kraus bemerkenswerte Ausführungen über die wirtschaftliche Lage des Ortes.

Austritt der Heidelberger Studentenschaft aus dem Hochschulring. Die dem Hochschulring Deutscher Art angehörenden Studenten der Heidelberger Universität haben einstimmig eine Erklärung abgegeben, in der sie den Austritt aus dem Hochschulring befürworten.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstraße 132 Spezialhaus für Bilder u. Einrahmungen

Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei billigst. Berechnung bei Große Auswahl

Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei billigst. Berechnung bei Große Auswahl

### Deutscher Krankenkassenkongress

Unter überaus starker Teilnahme aus allen Teilen des Reiches — es mögen gegen 1000 Teilnehmer anwesend sein — begann gestern im Konzilsaal in Konstanz die 11. ordentliche Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands e. V. In siebenstündiger ununterbrochener Verhandlung wurde eine große Tagesordnung erledigt, deren Weiterberatung Dienstag erfolgen soll. Der Verbandsvorstand, Reichstagsabgeordneter Franz Wegren, eröffnete und leitete den Kongress. Unter den Ehrengästen bemerkte man Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium, den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Berlin, Schaeffer, den Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Dr. Stein, den Vertreter des Sanitätsdepartements des Kantons Basel-Stadt und der Schweizer Krankenkassen Dr. Karl Düker, Dr. von Babs als Vertreter des badischen Innenministeriums, vom preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt von Gelbern, außerdem Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und verschiedener Verbände und Organisationen, die den Krankenkassen nahe stehen.

Der Verbandsgeschäftsführer Schulze erläuterte den Geschäftsbericht und ein Referat über schwebende Tagesfragen. Daraus geht hervor, daß der Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands Ende 1926 688 Kassen umfaßt mit rund 8 Millionen Versicherten. 30 Kassen traten dem Verband neu bei. Der Kassenbericht des Verbandes weist einen Bestand von 16 000 M auf. Der Berichterstatter wandte sich besonders gegen die Angriffe gegen die Krankenkassen, die systematisch aus Kreisen hervorgehen, welche an der Krankenversicherung interessiert sind. Die Ärzteorganisation erstrebe die Einführung der freien Ärzewahl. Die Belange der Krankenkassen würden besonders bei der obersten Verwaltungsbehörde in Preußen nicht genügend beachtet.

Aber die Behandlung der Frage der Krankenversicherung auf der Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf referierte Ministerialdirektor Grieser, Berlin, und hob hierbei das Fruchtbare der Arbeiten der deutschen Vertreter in Genf hervor.

Sodann folgte die Besprechung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung: Die Krankenkassen in der öffentlichen Kritik. Zu diesem Punkte waren drei Redner gewonnen worden, welche das Thema von verschiedenen Seiten aus kritisch beleuchteten. Dr. Erdmann, als Vertreter der Arbeitgeber, betonte, daß von Arbeitgeberseite kein Kampf gegen die deutsche Krankenversicherung geführt werde, wandle sich aber mit Schärfe gegen die politische Tätigkeit des Hauptverbandes der Krankenkassen. Dr. Siebert, Hannover, vertrat den Standpunkt der Ärztschaft und trat besonders für die freie Ärzewahl ein und Reichstagsabgeordneter Weder, Arnberg, als Vertreter der Arbeitnehmer, führte aus, die Krankenkassen führten keinen Kampf gegen die Innungs-krankenkassen.

In der sich anschließenden Diskussion wandte sich der preussische Landtagsabgeordnete Weiser besonders gegen die Fesseln, die den Ärzten durch die soziale Gesetzgebung auferlegt seien. Er schlug vor, man solle den Ärzten vom Einkommen durch die Kassen einen ganz bestimmten Prozentsatz als Honorar geben, wofür dann die Ärzte die gesamte Behandlung durchzuführen hätten. Hieraus sprach noch Kommerzienrat Schröder, München, der sich gegen die Vorschläge des Vorebers wandte. Darauf wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Dienstag vormittag vertagt.

### Lohnbewegungen in Baden

Schlichtungslohnstreit im Badener Holzgewerbe. Der Landesschiedsrichter, der unterm 17. vorigen Monats unter Zustimmung der Parteien den Schiedspruch des Tarifamtes zunächst nur für die badische Holzindustrie für verbindlich erklärte, hat diese Verbindlichkeitsklärung nunmehr auch auf das Holzgewerbe erstreckt. Der Streit ist damit beendet.

Dr. Heideberg, 4. Juli. Der Senat der Universität Heidelberg wählte für das am 1. Oktober 1927 beginnende neue Studienjahr den Prof. der Theologie Dr. Martin Dibelius zum Rektor. Dr. Dibelius kam 1915 von Berlin als ordentlicher Professor nach Heidelberg.

### Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Tagungen und Ausstellungen im Juli. Von den Tagungen, die im Juli in der badischen Landeshauptstadt stattfinden, ist die Hauptversammlung des Deutschen Reichsausschusses für Leibeshütungen und Jugendpflege am bedeutendsten. Vom 16. bis 17. Juli ist der erste Süddeutsche Juchertag unter Mitwirkung der Landesgesundheitsverbände Baden, Württemberg, Bayern und Hessen. Vom 24. bis 25. Juli hält der Bund Deutscher Freireisemeister seine Hauptversammlung in Karlsruhe ab, die ebenfalls viele Teilnehmer in die Mauern der Stadt führen wird. Am 31. Juli ist außerdem das Arbeiterfängerfest des Bundes Baden im Deutschen Arbeiterfängerbund, das gleichfalls starken Besuch bringen dürfte. Die bedeutendste Ausstellung, die große Deutsche Turn- und Sportausstellung Karlsruhe 1927, die vom badischen Landesauswahlschuss für Leibeshütungen und Jugendpflege aus Anlaß der Reichsauswahlschulung veranstaltet wurde, dauert noch bis zum 10. Juli. Ihr folgt eine Kleinrentnerausstellung vom Verband Badischer Geflügelzüchter am 16. und 17. und die Deutsche fahrgewerbliche Ausstellung für Haararbeiten vom 21. bis 28. Juli. In der Landesgewerbehalle ist vom 9. bis 31. Juli eine Ausstellung von Druckstoffen, Batiken usw. von der Firma Kunstwart Hausrat G. m. b. H. Dresden-Vellerau.

Ziergärtnerverein. Nachdem der verdienstvolle bisherige I. Vorsitzende Musiklehrer Boretz aus Gesundheitsrückgründen sein Amt niederlegen mußte, wurde in der letzten Generalversammlung als dessen Nachfolger Direktor Dr. Oberbach (Girschstraße 120) hier gewählt. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß die einzelnen Gärten des Ziergärtnervereins wieder, wie früher, unter entsprechende Abteilungsleiter gestellt werden und zwar wurde die Abteilung I Bogelschuh Rechnungsrat Weis (Amalienstraße 85), die Abteilung II Verfolgung von Tierquälereien Oberrechnungsrat Gerardt (Scheffelstraße 12) und die Abteilung III: Verfolgung von Missetatungen von Tieren bei Eisenbahntransporten und in Schlachthöfen Stadtkirchplatz Dr. Bernd Waier (Sofienstraße 11) übertragen. Es wird gebeten, bei eventuellen Anzeigen und Anfragen in diesen Angelegenheiten sich an diese Abteilungsleiter behufs rascherer Erledigung wenden zu wollen. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 12. Juli, im Jagdzimmer des Friedrichshofes, Karl-Friedrichstraße statt (nähere Anzeige folgt).

Karlsruher Schwurgericht. Der 59 Jahre alte Händler Ferdinand Schaller aus Baden-Baden, der hier mit einer geschiedenen Frau zusammenlebte und am 21. März d. J. abends aus Baden, weil sie ihn verlassen wollte, Bett und Fußboden mit Petroleum übergoß und anzündete, wurde vom Schwurgericht wegen Brandstiftung zu 5 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Ferner verurteilte das Schwurgericht die 1876 geborene Helene Katharina Daniseth aus Ordingen wegen gewerbsmäßiger Abtreibung zu 3 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus, abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft und 3 Jahren Ehrverlust. Die Angeklagte war bereits im Jahre 1920 wegen ähnlichen Delictes mit 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis bestraft worden.

Wiener Operette im Konzerthaus. Heute Abend, neu einstudiert, Emmerich Kalman's große Operette „Gräfin Mariza“, die den Schlager der Spielzeit 1925 im Konzerthaus bildete und sicher von vielen Theaterbesuchern wieder freudig begrüßt wird. Morgen Abend Wiederholung der großen Ausstattungsoperette „Der Orloj“. Für Donnerstag ist die Erstaufführung der großen Operette „Tereseina“ von Oskar Straus vorgesehen. Das Sujet bildet eine Episode aus dem Leben Napoleons I. mit der berühmten Sängerin Tereseina. Oskar Straus, der seit seinem Welterfolg „Walzertraum“ schon viele herausragende Proben seiner Begabung lieferte, hat mit der Musik zu diesem originellen Buch sicher eine ganz besondere Erfindungskraft gezeigt. Sein Hauptschlagler „Weich mich mal in Korfitsa“ ist längst auf alle Konzerte und Kapellen übergegangen. In den Hauptrollen stellen sich die erste Sängerin Ida Bauer und der Tenor Georg Winter von der Wiener Volksoper vor. Die übrigen Hauptrollen sind mit den bekannten komischen Kräften des Ensembles besetzt.

### Kurze Nachrichten aus Baden

U. S. Badenland — Schwarzwalde. Immer neue Gesichtspunkte erschließen sich bei der Bekürze dieser vom Badischen Verkehrsverband herausgegebenen Monatszeitschrift. Auch die Juniarausgabe reißt sich vollwertig den früheren Nummern an und weist den mit der Landschaft bekannten Leser durch erstklassiges Bildmaterial auf die Schönheiten Badens hinzuweisen. Baden-Baden, Bühlerhöhe, Bilder aus dem Neckartal, Todmoss, Donaueschingen, Badenweiler usw. sprechen diesmal eine eingehende Sprache mit ihren lebenswerten landschaftlichen und städtebaulichen Schönheiten. Eine Neuliste bringt in ganzseitiger Aufmachung einen orientierenden Überblick über die Geländegegestaltung und die Verkehrsstraßen des Schwarzwaldes. Zahlreiche Artikel aus den verschiedenen badischen Teilen und eine Zusammenfassung des bekanntesten badischen Kurorte ergänzt ein in ausführlichen Verzeichnis über die Veranstaltungen in den nächsten Monaten die vorliegende Ausgabe. Bestellungen sind an die Badenia N.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe, Steinstraße 17/21 zu richten.

Dr. Freiburg i. Br., 30. Juni. Das St. Hedwigsheim in der Stadtstraße, das vor ungefähr 10 Jahren zur Unterbringung unversorgter Säuglinge und Kleinkinder ins Leben gerufen wurde, und seitdem gegen 1000 Säuglinge in Pflege hatte, wird demnächst in das August Wohlthätigkeit Anwesen nach Winterthal überführt. In der staatlich anerkannten Pflgerinnerschule des St. Hedwigsheims erhielten gegen 700 heranwachsende Töchter aus allen Bevölkerungsklassen Ausbildung in der Pflege der Kinder. Auch die Schwesteranstalt St. Dioka ging aus St Hedwig hervor.

Dr. Erbach, 2. Juli. Das schon seit Wochen hier im Umlauf befindliche Gerücht, wonach Dr. Engelmeier seinen Posten als das Oberhaupt der Kreishaupstadt Erbach verlassen werde, scheint nun Laie zu werden. Dr. Engelmeier beabsichtigt, den Präsidentenposten des Badischen Sparkassen- und Giroverbandes in Mannheim zu übernehmen. Die hierdurch notwendig werdende Bürgermeisterwahl wird bereits ihre Schatten voraus, denn der Kampf wird vor allen Dingen darum gehen, ob zulünftig nur ein Bürgermeister, oder wieder zwei wie früher gehalten werden sollen.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	5. Juli		4. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.94	169.28	168.92	169.26
Kopenhagen 100 Kr.	112.71	112.93	112.70	112.92
Italien . . . 100 L.	23.36	23.40	23.29	23.33
London . . . 1 Pf.	20.467	20.507	20.47	20.51
Newyork . . . 1 \$.	4.2155	4.2235	4.2155	4.2235
Paris . . . 100 Fr.	16.50	16.54	16.51	16.55
Schwiz . . . 100 Fr.	81.135	81.295	81.14	81.30
Wien 100 Schilling	59.32	59.44	59.31	59.43
Brag . . . 100 Kr.	12.494	12.514	12.491	12.511

### Staatsanzeiger

#### Bekanntmachung

Hindenburg-Spende.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Botschaftspflege (Reichsgesetzblatt Seite 143) sowie der badischen Vollzugsverordnung vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) wird zur Durchführung der Hindenburg-Spende der Geschäftsstelle der Hindenburgspende Berlin NW 40, Schrankestraße 35, in jederzeit widerruflicher Weise die Erlaubnis zur Vornahme einer Sammlung im Lande Baden erteilt.

Karlsruhe, den 2. Juli 1927.

Der Minister des Innern  
Remmele

**Operette im Konzerthaus**  
Morgen Mittwoch, 6. Juli 1927, abends 7<sup>3/4</sup> Uhr  
die Ausstattungsoperette  
**Der ORLOW**  
Karten bei Müller, Kaiserstraße; Holzschuh, Werderstraße; Brunnet, Kaiserallee; Konzerthauskasse und telefonisch (7260) zu Mark 1.50 bis 5.50.  
Donnerstag Erstaufführung. Die Tereseina.

**4. Geldlotterie zugunsten des**  
**Münsters in Breisach am Rhein.**  
Bei der am 18. Juni 1927 stattgehabten Ziehung wurden folgende Nummern mit den dabei vermerkten Gewinnen gezogen: A Gewinne von 100 bis 5000 Mark: 594 (5000), 3961 (500), 6555 (100), 16580 (100), 24392 (100) und 27100 (100); B Gewinne zu 50 Mark: 3457, 10833, 20262, 23519, 24978, 25956, 35342, 46832, - C Gewinne zu 20 Mark: 2317, 4776, 8148, 10945, 14120, 20064, 20077, 21484, 24581, 25109, 26183, 28279, 28693, 32771, 33652, 35291, 35851, 36332, 37265, 39064, - D Gewinne zu 10 Mark: 627, 4091, 5708, 6484, 8594, 9220, 9398, 9952, 12055, 12065, 12211, 12545, 13168, 16284, 16344, 16788, 17655, 18798, 19298, 24490, 26838, 30225, 32381, 33329, 34427, 35374, 36288, 36722, 39264, 40875, 41992, 42216, 43717, 45635, 45823, 45955, 47191, 47376, 47492, 47599, - E Gewinne zu 5 Mark: 53, 553, 674, 1179, 1296, 2030, 2828, 4683, 5014, 5685, 5139, 5779, 6097, 6184, 6415, 6625, 7111, 7161, 7481, 9045, 9091, 9141, 10075, 11045, 12149, 12779, 12850, 12784, 12925, 12930, 13051, 13121, 13757, 14183, 14528, 14546, 14785, 14820, 15498, 15563, 16605, 17301, 17531, 17603, 17830, 17831, 18312, 19183, 19386, 19878, 19903, 19945, 20399, 20903, 21676, 23638, 23641, 23649, 23652, 24016, 24017, 24155, 24323, 24746, 24747, 25379, 25417, 25735, 26642, 27163, 28275, 28609, 28728, 28837, 29525, 29761, 29866, 31165, 31886, 32198, 33509, 34150, 34347, 36342, 36837, 36921, 37379, 38175, 38735, 40984, 42078, 43461, 43942, 45292, 45315, 45432, 45531, 45891, 47252, 48337, - Sämtliche Nummern mit nachstehenden Endzahlen gewinnen je 2 Mark: 96, 103, 115, 141, 147, 150, 161, 189, 215, 258, 274, 285, 297, 342, 346, 357, 384, 417, 437, 495, 512, 561, 562, 628, 764, 767, 801, 806, 818, 897, 948, 949, 953, - Ferner gewinnen folgende Nummern je 2 Mark: 3344, 4562, 6753, 7347, 10650, 12284, 16517, 19241, 19394.

Die Auszahlung erfolgt durch  
**Eberhard Feher, Karlsruhe i. B., Ostendstr. 6**

**Gemeinde-Sparkasse Willstätt.**  
**Geschäftsbericht für 1926.**

Vermögen.		Schulden.	
Kassenvorrat auf 1. Januar 1926	9 881.21	Spareinlagen	154 347.17
Darlehen gegen Hypothek.	90 231.—	Anlehenskapitalien	11 400.—
Darlehen geg. Schuldschein	73 915.70	Aufwertung	100 867.54
Postgeld- u. Bankguthaben	5 297.07	Reingewinn	1 421.75
Einnahmerückstände	1 131.12		
Stückzinsen	961.50		
Gerätschaften	1 334.—		
Aufwertung	85 284.86		
	<b>268 036.46</b>		<b>268 036.46</b>

Willstätt, den 30. Juni 1927.

Der Verwaltungsrat: Neih.

Der Geschäftsführer: Gevel.

**10% Rabatt**  
**Kinder-Wäsche**  
**Kinder-Kleidchen**  
**Kinder-Schürzen**  
**Geschwister Baer**  
Waldstraße 37      Telefon 579

**Jüing. Kommunalbeamter**  
tüchtig, zuverlässig, 3 J. ausbilden, als Ratsschreiber und Grundbuchhilfsbeamter tätig, sucht alsbald geeignete Stelle. — Derjenige, der mir dazu verhelfen, erhält eine langfr. unverzinsl. Darlehen von 1000 M. Angebote unter Nr. G. 538 an die Expedition dieses Blattes.

16. Juli d. J., vorm. 11 Uhr, beim Bezirksbauamt, Reisingerstraße 13, einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.  
Freiburg, 2. Juli 1927.  
Bad. Bezirksbauamt.

**Les' Bücher Wissen ist Macht!**

**Pianos Harmoniums Sprech-Apparate**  
kaufen Sie in der Fabrik-Niederlage der leistungsfähigen Harmonium- und Piano-Fabrik  
**H. Goll A.-G.**  
Filiale Karlsruhe Waldhornstraße 30  
Telephon 6835  
**in jeder Beziehung vorteilhaft!**

**Nehmen Sie** bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

**Gemälde - Radierungen - Gerahmte Bilder** 1.-12. Juli  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen! **Kunsthandlung MOOS**  
Kaiserstrasse 187

Druck G. Braun, Karlsruhe